



# Kriege beenden

## - Militärstützpunkte schließen -

## Atomwaffen abschaffen

75 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges sind wir von einer Weltordnung, die Frieden schaffen und sichern kann, weit entfernt. Aktuell erleben wir vielmehr massive Rückschritte in Bezug auf Abrüstung, Entspannung und internationale Zusammenarbeit, während die Rüstungsausgaben Deutschlands und seiner NATO-Partner auf Rekordhöhen klettern, wie auch der Umfang von Rüstungsexporten. Gleichzeitig nehmen in Europa die Spannungen mit Russland zu und droht die aggressive Politik der Trump-Administration gegen den Iran militärisch zu eskalieren.

### Keine halben Sachen – vollständiger Abzug der US-Truppen aus Deutschland – zurück in die USA!

Die von US-Präsident Trump angekündigte Verringerung der US-Truppenpräsenz hierzulande, von derzeit 34 500 auf 25.000 Soldaten, wird in Berlin von CSU bis Grüne als „Beschädigung des transatlantischen Verhältnisses“ und Gefährdung der westeuropäischen Sicherheit beklagt.

Tatsächlich sind die US-Truppen in Deutschland eine Gefahr für den Frieden in Europa und eine stete Bedrohung für die angrenzenden Regionen – selbstverständlich nicht allein, sondern im Bündnis mit den europäischen NATO-Partnern. Sie sind dabei jedoch das Kernelement der Konfrontationspolitik mit Russland und spielen eine zentrale Rolle in den Kriegen und militärischen Interventionen in Nordafrika und dem Nahen und Mittleren Osten.

- **Wir fordern daher den vollständigen Abzug aller US-Truppen aus Europa.**

### Schließung ausländischer Militärstützpunkte, insbesondere der Air Base Ramstein!

Eine der wichtigsten Drehscheiben und Kommandozentralen der US-Streitkräfte für ihre Kriege ist die Air Base in Ramstein. Über die dortige Relaisstationen werden auch die Killerdrohnen gesteuert, mit denen terroristische Angriffe auf ausgewählte Gegner ausgeübt werden, den Tod unzähliger Unbeteiligter in Kauf nehmend. Über Ramstein lief vermutlich auch der Anschlag auf den iranischen General Kassem Soleimani, der leicht in einen Krieg hätte eskalieren können. Von der UNO wurde er, wie zuvor schon Drohnenmorde generell, als eindeutig völkerrechtswidrig verurteilt.



Solange die Bundesregierung die USA gewähren lässt, leistet sie faktisch Beihilfe zu Mord und Völkerrechtsbruch.

- **Jetzt ist eine gute Gelegenheit für die Bundesregierung, das Stationierungsabkommen mit den USA zu kündigen und mit der Air Base auch ihre anderen Militärstützpunkte und Kommandozentralen, wie das AFRICOM in Stuttgart, zu schließen.**

### Schluss mit Drohnenmorden – nein zu Killerdrohnen für die Bundeswehr!

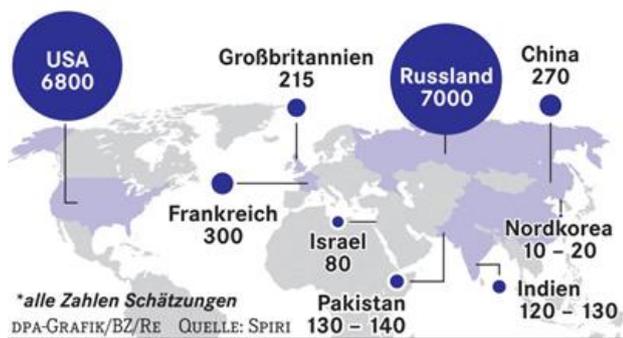
Das Verteidigungsministerium plant die Anschaffung bewaffneter Drohnen für die Bundeswehr. Die SPD hat noch leichte Bedenken, wird aber – so steht zu befürchten – am Ende zustimmen.

Auch wenn – vorerst – strenge Regeln für ihren Einsatz gelten und völkerrechtswidrige Mordanschläge ausgeschlossen werden, weiten unbemannte Kampfdrohnen das Gefechtsgebiet aus und senken die Hemmschwelle für den Waffeneinsatz. Sie erhöhen die Gefahr unbeteiligter Opfer und einer militärischen Eskalation.

- **Wir fordern den Bundestag auf, die Anschaffung von Killerdrohnen abzulehnen.**

## Atomare Rüstung

Anfang 2017 besaßen neun Länder insgesamt knapp 15 000 Nuklearwaffen\*. 4150 waren einsatzbereit.



Kampfdrohnen sind allein für Einsätze auf fremden Boden gedacht. Ihre Anschaffung ist Teil der Aufrüstung der Bundeswehr zur weltweit einsatzfähigen Interventionsarmee. Militärische Interventionen lösen jedoch keine Probleme sondern verschärfen sie. Sie dienen allein wirtschaftlichen und machtpolitischen Zielen. Von Afghanistan über den Irak bis Libyen – Kriege und Interventionen von NATO-Staaten haben in den letzten Jahrzehnten zahlreiche Länder verwüstet und ins Chaos gestürzt.

- Wir fordern die sofortige Beendigung aller Auslandseinsätze der Bundeswehr. Die deutsche Außenpolitik soll zukünftig auf zivile Mittel beschränkt werden.

## Abzug der Atomwaffen aus Büchel – keine "nukleare Teilhabe"!

Mitten in der Corona-Krise kündigte Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer an, 30 atomwaffenfähige Kampfflugzeuge aus den USA kaufen zu wollen. Sie sollen die veralteten „Tornados“ ablösen, die bisher die Möglichkeit boten, die US-amerikanischen Atombomben, die im Fliegerhorst Büchel lagern, ins Ziel zu tragen, und so die „nukleare Teilhabe“ auch in den kommenden Jahrzehnten sicherstellen.

Diese Beteiligung an der atomaren Rüstung ist nicht nur unmoralisch, sondern erhöht die Gefahr eines Atomkrieges in Europa und widerspricht dem Geist des Atomwaffensperrvertrags.

Für die 7,5 Milliarden Euro, die die geplanten 30 F-18-Kampffjets kosten, könnte man 100.000 Betten auf der Intensivstation, 30 000 Beatmungsgeräte und ein Jahresgehalt für 25 000 Ärzte und 60 000 Krankenschwestern zahlen.

- Wir fordern die nukleare Teilhabe“ umgehend aufzugeben und Deutschland durch den Abzug der Atombomben aus Büchel endlich atomwaffenfrei zu machen.

## 75 Jahre nach dem atomaren Massenmord – Verbot von Atomwaffen unterzeichnen!

Vor 75 Jahren warfen die USA Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki ab. 65.000 Menschen verbrannten auf der Stelle, 200.000 weitere starben in den folgenden Monaten.

Heute bedrohen uns weltweit mehr als 13.000 Nuklearwaffen. 4.000 sind sofort einsatzfähig, 20 davon stehen im rheinland-pfälzischen Standort Büchel

Vor drei Jahren verabschiedeten 122 Staaten bei den Vereinten Nationen einen Vertrag über das Verbot von Atomwaffen. Es ist ein Skandal, dass die Bundesregierung die Unterschrift unter dieses UN-Abkommen verweigert. Wir fordern die sofortige Unterzeichnung! Auch der Bundestagsbeschluss aus dem Jahr 2010 zum Abzug der US-Atomwaffen am Standort Büchel muss endlich umgesetzt und Pläne zur „Modernisierung“ der Atomwaffen müssen gestoppt werden!

### Das ist der Gipfel

Rüstungsausgaben ausgewählter Staaten 2017, in Milliarden US Dollar



Quelle: Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI)

## Abrüsten statt Verdoppelung der Militärausgaben – zivile Produktion statt Rüstung!

Während Russland seine Rüstungsausgaben seit 2016 senkte, wollen die NATO-Staaten ihre Militärausgaben auf 2% ihres Bruttoinlandsproduktes (BIP) steigern. Dabei geben sie bereits jetzt mehr fürs Militär aus, als der Rest der Welt zusammen und 15-mal mehr als Russland. Für Deutschland würden diese 2% mehr als eine Verdoppelung des Militärhaushalts bedeuten, nachdem er in den letzten 5 Jahren bereits drastisch von 34,8 auf 43,2 Mrd. Euro erhöht wurde.

- Wir fordern stattdessen eine deutliche Senkung der Militärausgaben und die Investition der freiwerdenden Geldmittel in Bildung, Gesundheit, Umwelt und Wohnen.

*Friedensbündnis Heidelberg*